

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 326) betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates (Zahl 21 - 236) (Beilage 355).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates, in ihrer 08. Sitzung am Mittwoch, dem 30. März 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Ing. Strommer wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Ing. Strommer den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Schneckner stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Schneckner gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Unterstützung der burgenländischen Gemeinden bei der Installierung eines Sicherheitsgemeinderates, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Schneckner beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 30. März 2016

Der Berichterstatter:

Ing. Strommer eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Dr. Rezar eh.

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 30. März 2016

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 236, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom _____ betreffend Sicherheitspartner für die burgenländischen Gemeinden

Die Polizei im Burgenland wurde in den vergangenen Jahren trotz EU- sowie der darauf folgenden Schengen-Erweiterung durch Personalabbau, ein verfehltes Dienststellenkonzept und fahrlässige Einsparungspolitik massiv geschwächt, während entsprechende Sicherheitskonzepte und Strukturreformen unterblieben. Dezentrale Strukturen sind gerade im ländlichen Raum wichtig, um der Bevölkerung das nötige Sicherheitsgefühl vermitteln.

Die burgenländische Landesregierung hat auf das Versagen des BMI reagiert und im Regierungsprogramm ein Konzept für „Sicherheitspartner“ in den Gemeinden verankert. In diesem Rahmen wird ein zusätzliches Angebot entwickelt, um die Gemeinden bei kommunalen Sicherheitsaufgaben zu unterstützen und damit das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Das burgenländische Sicherheitspartner-Projekt umfasst die vier Bereiche Sicherheitsdienst, Bürgerservice, Nachbarschaftshilfe und Alarmanlagen. Die Landesregierung hat angekündigt, in neun Pilotgemeinden „Sicherheitspartner“ zu installieren. Dieses zusätzliche Bürger- und Gemeindeservice kann und soll jedoch kein Ersatz für fehlende staatliche Sicherheitsorgane sein.

Der jetzige Vorstoß des BMI zur Einrichtung sogenannter „Sicherheitsgemeinderäte“ unter dem Titel „Gemeinsam Sicher“ ist Eingeständnis des sicherheitspolitischen Scheiterns, denn die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe und soll vom hierfür zuständigen Ministerium nicht aktiv auf Bürger bzw. Gemeinderäte abgewälzt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- das Konzept der „Sicherheitspartner“ in den Gemeinden umzusetzen
 - sowie an die Bundesministerin für Inneres heranzutreten,
 - die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch den Einsatz staatlicher Organe sicherzustellen,
 - die Aufrechterhaltung aller Polizeidienststellen im Burgenland zu garantieren,
 - keine Dienstzuteilungen in andere Bundesländer vorzunehmen,
 - für kommende Pensionierungen entsprechend Vorsorge durch die Einrichtung von Grundausbildungslehrgängen zu treffen,
 - die Außenpräsenz der Exekutive vor Ort zu steigern und
- ein umfassendes Sicherheitskonzept vorzulegen, das die sicherheitspolitische Bedeutung des Burgenlandes für ganz Österreich entsprechend würdigt.